

Drittes Ethik-Forum des DRZE und des IWE „Umwelt und Gerechtigkeit“

„Umwelt und Gerechtigkeit“ lautete das Thema des diesjährigen Bonner Ethik-Forums. Die aktuellen systematischen Fragestellungen dazu wurden aus den Sichtweisen der Philosophie, der Ingenieurwissenschaften und der Ökonomie beleuchtet und anschließend im Rahmen einer öffentlichen Podiumsdiskussion erörtert. Seit 2008 richtet das DRZE gemeinsam mit dem Institut für Wissenschaft und Ethik diese öffentliche Fachtagung zu grundsätzlichen Fragestellungen von Ethik und Angewandter Ethik einmal jährlich aus. Veranstaltungsort war der Universitätsclub Bonn.

Bringt man die Begriffe „Umwelt“ und „Gerechtigkeit“ vor ethischem Hintergrund zusammen, so stellt sich unmittelbar die Frage nach dem Charakter der Verknüpfung zwischen beidem. Das Ethik-Forum reiht sich mit diesem Thema in die kontinuierliche Bearbeitung dieser Frage durch das DRZE ein, die sich bisher im Sachstandbericht „Biodiversität“ und der Online-Publikation „Im Blickpunkt: Biodiversität“ auf der DRZE-Homepage niederschlägt und die im kommenden Jahr die vom BMBF geförderten DRZE-Klausurwochen „Biodiversity. Concept and Value“ in Bonn thematisch bestimmen wird.

Da Naturverhältnisse faktisch auf die sozialen Entwicklungen nicht nur von gegenwärtig lebenden, sondern auch von zukünftigen Personen einwirken, stellt das Prinzip der Nachhaltigkeit eine gewichtige Forderung dar, der jedoch oft der Anspruch nach Gerechtigkeit gegenübergestellt wird, beispielsweise, wenn es um die Lebensstandards der Industrienationen im Vergleich zu Entwicklungs- und Schwellenländern geht. Mit dieser Bestandsaufnahme eröffnete Dieter Sturma (Professor an der Universität Bonn, Direktor DRZE, IWE) das Ethik-Forum. In der naturethischen Diskussion um Umwelt und Gerechtigkeit stünden sich anthropozentristische und nicht-anthropozentristische Ansätze gegenüber. Sturma sprach sich diesbezüglich für die Suche nach einer Mischform aus. Es sei nicht akzeptabel, unter Bezug auf zukünftig lebende Personen in der Gegenwart Einschränkungen für ohnehin schon von der Umweltzerstörung Geschädigte vorzunehmen. Vielmehr müsse auch aus sozialetischer Perspektive das Leben der einzelnen, realen Person ausreichend berücksichtigt werden, und eine aktuelle Belastung sei nur rechtfertigbar im Fall von Personen, die unter aktuellen Schädigungen der Umwelt nicht litten, sondern durch sie bevorteilt würden.

Als erster Gastredner beleuchtete Michael Jischa (emeritierter Professor für Maschinenbau an der Technischen Universität Clausthal und Ehrenvorsitzender der deutschen Gesellschaft Club of Rome) als Experte auf dem Gebiet der nachhaltigen Technikentwicklung die Diskussion mit dem Beitrag „Technik und Zivildynamik“. In einer detailreichen Zustandsbeschreibung stellte Jischa dar, dass der derzeitige Wohlstand der Industrieländer nicht aufrecht zu erhalten sei. Extrem wirkmächtige Risikotechnologien erzeugten eine Verantwortbarkeitslücke, die insbesondere mit dem Problem der Nichtabschätzbarkeit von Technikfolgen gekoppelt sei. Zur Bekämpfung von globalen Ver- und Entsorgungsproblemen müsse man sich deshalb auf die Verknüpfung von wissenschaftlichem und technischem mit humanem und sozialem Fortschritt rückbesinnen. Seine vom Leitbild der Nachhaltigkeit geprägten Lösungsansätze für mehr Umweltschutz und mehr Gerechtigkeit stellte Jischa am Beispiel der solaren Energiegewinnung dar. So solle das internationale Großprojekt Desertec mit einem Hochspannungsnetz große Teile des europäischen Energiebedarfs aus erneuerbaren Energiequellen, insbesondere durch Solarzellen in der Sahara, decken. Auf diesem Wege ließen sich die Förderung von Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit verbinden, anstatt miteinander zu konkurrieren, da die technisierten Hauptnutzer auch die Hauptkostenträger seien, indem sie Kapital, Technologie und Wissen in die bisher benachteiligte Region brächten und diese förderten, etwa dadurch, dass sie qualifizierte Arbeitsplätze schafften. Zudem verbleibe ein Teil des gewonnenen Stroms auf dem Kontinent, um dort die zur regionalen Entwicklung dringend erforderliche Entsalzung von Wasser zu ermöglichen und so in mehrfacher Hinsicht die Lebensqualität zu verbessern.

Den zweiten Vortrag hielt Dietmar von der Pfordten (Professor für Rechts- und Sozialphilosophie an der Universität Göttingen) zum Thema „Globale Gerechtigkeit und Naturzerstörung“. Von der Pfordten ging in seinen Ausführungen vor allem der Frage nach, ob und inwiefern die Interessen und Bedürfnisse zukünftig lebender Individuen im Verhältnis zu gegenwärtig Lebenden bei Umweltfragen berücksichtigt werden müssen. Seine Antwort lautete: Handlungen, mit denen die Natur zerstört und natürliche Ressourcen verbraucht würden, seien grundsätzlich nur dann ethisch vertretbar, wenn sie die Belange beider Perspektiven berücksichtigten. Damit stellte er sich gegen Positionen, die eine Berücksichtigung zukünftig lebender Individuen aufgrund der Nichtantizipierbarkeit ihrer Interessen und Bedürfnisse vernachlässigen. Von der Pfordten erklärte, dass zukünftige Menschen vermutlich ähnliche Grundbedürfnisse wie die heutigen haben würden. Daher schlug er zwei Regeln vor: Erstens seien Handlungen, mit denen die Natur zerstört werde, um menschliche Bedürfnisse und Interessen befriedigen zu können, umso eher vertretbar, je reversibler sie seien. Zweitens sei der Verbrauch von Ressourcen, wie beispielsweise von Erdöl, nur dann gerechtfertigt, wenn zugleich neue Energiequellen entwickelt würden. Nachfolgend beschäftigte er sich mit Theorien über eine globale Gerechtigkeit von Naturzerstörungen. So ging er u. a. der Frage nach der Gerechtigkeit einer Gleichverteilung von Umweltbelastung pro Kopf nach. Ein solches Gebot sei seiner Meinung nach nicht gerecht, da die Bedürfnisse an natürlichen Gütern in Abhängigkeit von der geographischen Lage, der Bevölkerungsdichte und anderen Faktoren variieren könnten. So benötige ein in Kanada lebender Mensch beispielsweise mehr natürliche Ressourcen, um Wärme erzeugen zu können, als jemand, der in einem Land lebe, in dem ein neutrales Klima herrsche.



Fotos: DRZE

Die Referenten: Michael Jischa, Dietmar von der Pfordten, Erik Gawel, Christoph Hubig (v.l.n.r.)

Erik Gawel (Professor für Volkswirtschaftslehre am Helmholtzzentrum für Umweltforschung in Leipzig) beleuchtete das Tagungsthema anschließend aus ökonomischer Perspektive. In seinem Vortrag mit dem Titel „Preise für Umweltgüter. Variationen zur Gerechtigkeitslücke“ diskutierte er den Umweltschutz als ein Risiko für Gerechtigkeit. Grundsätzlich sei es sinnvoll, für Umweltgüter wie beispielsweise Wasser/Abwasser, Strom und Gas, hohe Preise zu verlangen, da dies einen vorsichtigen und nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen begünstigen könne. Problematisch sei allerdings, dass es einzelne Personen oder auch ganze Bevölkerungsgruppen gebe, die die geforderten Preise nicht bezahlen könnten. Solche Fälle würden eine Reihe von Gerechtigkeitsüberlegungen auf: Zur Frage stehe, ob es ungerecht sei, wenn nicht allen Individuen der gleiche Zugang zu Umweltgütern gewährt würde. Eine Möglichkeit Umweltgüter zu verteilen könne darin bestehen, jedem Individuum einen Mindestumweltbedarf von staatlicher Seite kostenfrei zuzusichern. Dies hielt Gawel jedoch für nicht praktikabel: Wenn Ressourcen wie Wasser, Strom und Gas frei zur Verfügung stünden, dann müssten auch andere Grundgüter, wie beispielsweise Brot oder Wohnmöglichkeiten, für alle zugänglich sein, und dies sei kaum realisierbar, vor allem weil nicht eindeutig definiert werden könne, was alles zum Grundbedarf zähle. Einen Anspruch auf Gütergeschenke lehnt Gawel demgemäß ab, auch für Personen, die sich am Existenzminimum befinden. Am Ende seines Vortrags machte er jedoch deutlich, wie wichtig es sei, dass Preise für Umweltgüter fair und gerecht zustande kommen, wobei er unterschiedliche Fairnessprinzipien, beispielsweise die theory of justice von John Rawls, in Betracht zog. Die Regulation von Preismechanismen sei zwar nicht ausreichend, um Umweltbewusstsein zu schaffen, sie könne aber sehr wohl, gemeinsam mit

anderen Steuerungsverfahren, zu richtigem Verhalten motivieren.

„Ethiken der Nachhaltigkeit. Vom Wertpluralismus zum Erhalt von Optionswerten“ lautete der Titel des letzten Vortrags von Christoph Hubig (Professor für Philosophie der wissenschaftlich-technischen Kultur an der Technischen Universität Darmstadt). Damit waren bereits im Titel sowohl Hubigs Problemstellung als auch der von ihm vertretene Lösungsansatz enthalten: Nicht die Grundwerte an sich, wie etwa Gesundheit, Umweltqualität, Sicherheit oder ökonomische Effizienz, seien strittig, vielmehr liege das Problem in dem Konflikt zwischen diesen Werten. Entsprechend sei die Ethik aufgefordert, hierfür angemessene Abwägungskonzepte bereitzustellen. Vielversprechend seien in dieser Hinsicht jüngere Ansätze integrativer Nachhaltigkeitsforschung, die die bisher eher voneinander unabhängig laufenden Konzepte von Natur als Pflichtethik, Utilitarismus, evolutionärer Ethik und Vertragsethik zu vereinbaren suchten. Allerdings ergäben sich auch hier auf einer höheren Stufe Konflikte zwischen Options-, Vermächtnis- und Realwerten. An diesem Punkt verankerte Hubig seinen eigenen Lösungsansatz, der in der Tradition der Klugheitsethik steht und mit dem er die Bedingungen des Pluralismus weitest möglich erhalten will. Damit forderte Hubig, dass sich Entscheidungen bezüglich natur- und umweltrelevanten technischen Handelns daran orientieren müssten, Entscheidungs- und Handlungsoptionen für die Zukunft soweit wie möglich offen zu halten, so dass mögliche „Fallen früherer Entscheidungen“ vermieden würden. Konkret machte Hubig diese Idee durch einen Vorschlag für eine einschlägige Entscheidungsfindungssystematik im Sinne eines Dissensmanagements, das erst nach dem genauen Ausloten einer Reihe von alternativen Zugangsmöglichkeiten, wie beispielsweise einer Individuali-

sierung oder Regionalisierung von Problemlösungen oder einer Verschiebung der Entscheidung einen Kompromiss als ultima ratio erlaubt.

In einer abschließenden Podiumsdiskussion der Referenten unter der Leitung von Dieter Sturma gaben alle Redner ein kurzes, aussagekräftiges Statement zum Thema Umwelt und Gerechtigkeit ab. Positiv bewertet wurde von allen Podiumsteilnehmern zunächst die interdisziplinäre Ausrichtung des Forums. Vor allem Ingenieure arbeiteten, so Michael Jischa, nur dann mit anderen Disziplinen zusammen, wenn sie auf Probleme stießen, die sie allein nicht lösen könnten. Gerade in Umwelt- und Gerechtigkeitsfragen sei dies aber der Fall, und deswegen sei eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Geistes- und Gesellschaftswissenschaften auf der einen und Natur- bzw. Ingenieurwissenschaften auf der anderen Seite dringend erforderlich. Auch von der Pfordten betonte, wie wichtig es sei, die angesprochenen Probleme aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu beleuchten. Zwar scheine eine Konkurrenz um die inhaltliche Füllung abstrakter Begriffe teilweise nicht zu vermeiden – so würden die Philosophen den Begriff „Gerechtigkeit“ umfassender verstehen als andere Disziplinen –, letztlich sei ein interdisziplinärer Dialog aber für beide Seiten sinnvoll. Hubig betonte zudem, wie wichtig die Mitarbeit in Umweltinstitutionen sei, um Nachhaltigkeit gewährleisten zu können, denn dies ermögliche zumindest eine indirekte politische Einflussnahme. Publikum und Podiumsteilnehmer diskutierten weiter über die Notwendigkeit internationaler Einrichtungen und globaler Strategien zum Umweltschutz, über die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen sowie über die Bedürfnisse und Entwicklungsrechte gegenwärtig und zukünftig lebender Individuen.

Lisa Tambornino und Christina Rose